



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 31. Oktober 2012 (12.11)  
(OR. en)**

**15657/12**

**JEUN 90  
EDUC 321  
SOC 875  
MIGR 119**

**VERMERK**

---

des	Vorsitzes
für den	Ausschuss der Ständigen Vertreter (1. Teil)/Rat
Nr. Vordok.:	15367/12 JEUN 8 EDUC 308 SOC 858 MIGR 114
Betr.:	<b>Mobilität und Vielfalt: Wie kann soziale Inklusion gewährleistet werden?</b> – <i>Orientierungsaussprache</i> (Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates [Vorschlag des Vorsitzes])

---

Nach Anhörung der Gruppe "Jugendfragen" hat der Vorsitz das beiliegende Diskussionspapier ausgearbeitet, das auf der Tagung des Rates (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) am 26./27. November 2012 als Grundlage für die Orientierungsaussprache über das eingangs genannte Thema dienen soll.

## Hintergrundpapier

### Mobilität und Vielfalt: Wie kann soziale Inklusion gewährleistet werden?

#### I. Vielfalt und soziale Inklusion in der Europäischen Union

Die Vielfalt in Europa nimmt zu. Durch interne Mobilität ebenso wie durch die Zuwanderung aus Drittländern in die EU wird die in den europäischen Gesellschaften bereits bestehende Vielfalt immer größer. Gleichzeitig wirkt sich die globale Wirtschaftskrise in nahezu jeder Hinsicht auf das Leben junger Menschen aus. Junge Menschen erfahren wachsende Arbeitslosigkeit und Unsicherheit am Arbeitsplatz, zunehmend instabile familiäre Verhältnisse, Kürzungen der Sozialleistungen usw.

Eine der Folgen der anhaltenden Wirtschaftskrise ist die zunehmende Mobilität junger Menschen innerhalb der Europäischen Union ebenso wie die Zuwanderung aus Ländern außerhalb der EU. Im Laufe der letzten Jahre hat die Mobilität innerhalb der Europäischen Union insbesondere bei jungen Menschen beträchtlich zugenommen. Immer häufiger nutzen junge Menschen ihr Recht auf Freizügigkeit, um in einem anderen EU-Mitgliedstaat zu studieren oder zu arbeiten. Darüber hinaus wächst ganz generell die Zahl junger Menschen, die sich dafür entscheiden, in einem anderen Mitgliedstaat zu leben. Unter denjenigen, die bereits im Ausland studiert oder gearbeitet haben, sind junge Erwachsene besonders stark vertreten. Nach Angaben von Eurostat leben 12,8 Millionen EU-Bürger in einem anderen Mitgliedstaat; das entspricht 2,5 % der Bevölkerung der EU-27<sup>1</sup>.

Die negativen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf Wachstum und Beschäftigung schlagen sich auch in der öffentlichen Meinung gegenüber jungen, mobilen EU-Bürgern und jungen Menschen mit Migrationshintergrund nieder. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen die Menschen mit schwierigen Bedingungen zu kämpfen haben, werden Neuankömmlinge meist als zusätzliche Belastung empfunden. Die Langzeitfolgen der Krise könnten in Anbetracht steigender Arbeitslosigkeit und vor allem Jugendarbeitslosigkeit zu Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung, Rassismus, gesellschaftlicher Zersplitterung und Ghettoisierung führen. Dies ist darüber hinaus nicht nur eine Herausforderung für junge Menschen - d.h. mobile EU-Bürger und junge Menschen mit Migrationshintergrund - sondern auch eine große Herausforderung für die Aufnahmeländer und erfordert politische Antworten.

---

<sup>1</sup> Eurostat: Statistik kurz gefasst 31/2012.

## **II. Förderung des gesellschaftlichen Engagements**

Festzuhalten ist, dass es bei der sozialen Inklusion junger, mobiler EU-Bürger und junger Menschen mit Migrationshintergrund darum geht, ihnen Chancen zu eröffnen und Ressourcen zugänglich zu machen, die die Voraussetzung für ihre umfassende Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben bilden. Soziale Inklusion ist jedoch auch ein Prozess, der in beide Richtungen verläuft, denn sie verlangt von jungen Menschen, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen, in der sie leben, angefangen bei ihrer Gemeinde vor Ort.

In seiner Entschließung über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010-2018)<sup>2</sup> aus dem Jahr 2009 hat der Rat die Förderung des gesellschaftlichen Engagements junger Menschen und der sozialen Eingliederung aller jungen Menschen ausdrücklich als eines seiner allgemeinen Ziele benannt und erklärt, dass die Anerkennung aller jungen Menschen als Bereicherung für die Gesellschaft und ihr Recht, an der Gestaltung der sie betreffenden politischen Strategien mitzuwirken, zu den Leitgrundsätzen gehören, die es bei allen Strategien und Maßnahmen, die junge Menschen betreffen, zu beachten gilt.

Mit Blick auf die zunehmende Mobilität und Vielfalt in der EU ist es dringend geboten, verstärkt politische Maßnahmen zu ergreifen, die die soziale Inklusion aller jungen Menschen fördern und auf gegenseitigem Verständnis und Respekt beruhen. Junge Menschen haben viele Talente und Stärken und bergen ein großes Potenzial. Vor diesem Hintergrund werden die Minister ersucht, dieses wichtige Thema zu erörtern und konkrete Vorschläge dazu vorzulegen. In diesem Sinne werden sie gebeten, sich im Hinblick auf die Beratung mit folgenden Fragen zu befassen:

- 1. Was könnten die Mitgliedstaaten tun, um der gesellschaftlichen Zersplitterung entgegenzuwirken, die möglicherweise durch die zunehmende Mobilität junger Menschen aus der EU und aus Drittstaaten verursacht wird?**
- 2. Wie könnten die Mitgliedstaaten mobile junge EU-Bürger und junge Menschen mit Migrationshintergrund stärker einbeziehen, damit diese ihr Potenzial besser entfalten können, und so zu einer harmonischeren und inklusiveren Gesellschaft beitragen?**

---

<sup>2</sup> ABl. C 311 vom 19.12.2009.